

Eine Transfrau muss den FKK-Bereich für Frauen verlassen, weil sich Besucherinnen an ihr stören. Nun eskaliert der Kulturkampf

Aktivist:innen beklagen Transfeindlichkeit, die Stadt Bern entschuldigt sich, der kantonale Sicherheitsdirektor wettert. Und einmal mehr diskutiert die Schweiz darüber, was eine Frau ist.

Hannes Boos, Sebastian Briellmann 30.06.2026, 17.03 Uhr ⌚ 5 Leseminuten



Zoff statt Badespass im Berner Marzili-Bad.

Anthony Anex / Keystone

Am Sonntag war es im «Paradiesli» vorbei mit der Ruhe.

Das «Paradiesli» ist der für Frauen reservierte FKK-Bereich im Marzili, dem bekanntesten Freibad der Stadt Bern, das auch als Sehnsuchtsort für viele Progressive gilt. Diesen Sonntagabend aber fühlten sich Besucherinnen gestört durch die Anwesenheit einer Transfrau. Sie wurde «aufgrund einiger körperlicher Merkmale als nicht weiblich gelesen», wie es die Stadt ausdrückt. Auf Beschwerden der Gäste hin bat das Badi-Personal die Transfrau – gemäss CH Media eine 27-jährige Stadtbernerin –, den Bereich zu verlassen, was diese ablehnte.

Es kam zum Streit, auch ein sogenanntes Präsenz- und Präventionsteam konnte dies nicht verhindern. Die Leitung des Freibads verständigte die Polizei. Die Einsatzkräfte wiesen die Transfrau aus der Badi weg. Da sie sich – mit Unterstützung weiterer Badegäste – auch körperlich wehrte, wurde sie für einige Stunden auf die Polizeiwache mitgenommen.

Seither wird das ganze Land zum Zeugen gegenseitiger Schuldzuweisungen, wer sich warum (und wahlweise) transfeindlich, woke, rufschädigend verhalten habe.

Vorwurf der «transfeindlichen Gewalt»

Noch am Sonntagabend marschierten Demonstranten für den Kampf gegen Transfeindlichkeit durch Bern. Auf Social Media richteten aktivistische Gruppen heftige Vorwürfe an die Polizei. «Vom Aussehen einer Person darf nicht auf deren Geschlechtsidentität geschlossen werden», schreibt etwa das Feministische Streikkollektiv Bern auf Instagram. Männliche Polizisten hätten den «geschützten Raum» der Frauenbadi nie betreten dürfen. Es sei klar, dass die Polizei unter dem «Vorwand», Frauen schützen zu wollen, «transfeindliche Gewalt» angewendet habe.

Auch die Stadt Bern sieht den Polizeieinsatz vom Sonntag mittlerweile kritisch. Die Badi habe sich «fälschlicherweise» für die Wegweisung der Transfrau durch die Polizei entschieden, heisst es in einer Medienmitteilung des zuständigen Amtes. Wer in seinem Ausweis als Frau eingetragen sei, habe auch Zugang zum FKK-Bereich des «Paradiesli». Entsprechend bedaure die Direktion für Bildung, Soziales und Sport die Wegweisung der Transfrau ausdrücklich und entschuldige sich bei ihr.

Die Mitteilung passt zur politischen Linie der Gemeinderätin Ursina Anderegg, die die Direktion Bildung, Soziales und Sport leitet. Sie ist offen queer lebend – und scheint durchaus offen für aktivistische Unterfangen. In einem Grusswort anlässlich des Podiumsgesprächs «Queerer Aktivismus in Institutionen» sagte Anderegg: Sie versuche, «die Selbstverständlichkeit von queeren Menschen als Teil der Gesellschaft zu fördern». «Selbstverständlich» könne sie «queerpolitische Perspektiven» in die politische Arbeit in ihrer Direktion einbringen.

Der signalisierte Transfeindlichkeits-Vorwurf als Ursache für den Fall wirkt jedoch nicht so eindeutig, wie es die Aktivisten und auch die Stadt mit ihrer Entschuldigung darstellen.

Sicherheitsdirektor verteidigt die Polizei

Die Berner Kantonspolizei sagt, sie sei gerufen worden, weil sich ein Mann im Frauenbereich der Badi aufgehalten habe. Die nächste verfügbare Patrouille, aus Männern bestehend, wollte die Situation vor Ort «einvernehmlich» klären, «mit Kommunikation und Deeskalation». Aufgrund der «Weigerung der Person», sich auszuweisen – also sich als Frau zu erkennen zu geben –, sei das aber nicht möglich gewesen.

Die Badi-Leitung nahm daraufhin ihr Hausrecht in Anspruch und forderte, dass die Transfrau das Marzili verlassen müsse. Gegen diese «polizeiliche Massnahme» wehrte sich die Transfrau «aktiv und vehement», schreibt die Polizei in einer Mitteilung. Sie sei deswegen «in Handschellen gelegt und für weitere Abklärungen auf eine Polizeiwache gebracht» worden. Auch gegen den Vorwurf, dass Polizisten in diesem Raum für Frauen eskalierend wirkten, wehrt sich die Polizei. Man habe genau deswegen umgehend auch Polizistinnen an den Ort geschickt.

Für den Berner Sicherheitsdirektor Philippe Müller (FDP) ist die Kritik an der Polizei ein Affront: «Dass die Stadt Bern zumindest insinuiert, dass die Polizei eine Mitschuld am Vorfall trägt, ist nicht akzeptabel. Die Stadt hätte sich viel klarer äussern und mitteilen müssen, dass der Einsatz korrekt ausgeführt wurde. Und dass nicht verurteilt wird, dass eine Polizistin angegriffen wurde: Das finde ich schockierend.»

Für Müller gilt der Grundsatz: Wenn die Polizei etwas sage, dann müsse man sich daran halten. Ein Behördeneinsatz sei kein Diskussionsforum. Müller sagt: «Die Polizei führt Wegweisungen auf Antrag der Betreiber aus. Es ist nicht an den Einsatzkräften, zu entscheiden, ob die Wegweisung falsch war. Es gilt das Hausrecht. Und zwar für alle.» Und Müller fragt: «Was sollte die Polizei machen, wenn sie gerufen wird, da sich Frauen belästigt fühlen? Etwa nichts?»

Dass sich die Geschichte so auswachsen konnte, stimmt Müller pessimistisch: Sollte diese Regelung für Transfrauen weiterhin ihre Gültigkeit behalten, sagt er, werde das «Paradiesli» nicht überleben.

Queersensible Schulung für Mitarbeiter

Davon will die Direktion für Bildung, Soziales und Sport nichts wissen. Obschon zugebilligt wird, dass Wegweisungen in Konfliktsituationen möglich seien: In diesem Fall sei es falsch gewesen. Das dürfe nicht mehr passieren. Warum, das führt die Direktion nicht aus. Die Mitarbeiter des Bads müssen nun in eine Schulung für «queersensiblen Umgang». Man verstehe zwar auch Unbehagen und Ängste der Frauen, die sich an der Transfrau gestört hätten, aber man wisse, dass diese «negativen Gefühle» durch «persönliche Begegnungen» an Bedrohlichkeit verlören.

Der Interessenkonflikt ist klar: Transfrauen und ihre Unterstützer wünschen sich maximale Inklusion. Für viele biologische Frauen sind Orte wie das «Paradiesli» aber Schutzräume, in denen sie sich ungestört von männlichen Blicken entspannen können. Wird die Grenze zwischen Frauen und Männern verwässert, dann droht womöglich die Abschaffung dieser Schutzräume.

In der Schweiz lässt sich der Geschlechtseintrag mittlerweile mit einem einfachen Amtsbesuch ändern. Die Kosten: 75 Franken. Melden kann sich jede Person, die «innerlich fest davon überzeugt ist, nicht dem im Personenstandsregister eingetragenen Geschlecht zuzugehören», wie es etwa auf der Website der Stadt Zürich heisst.

Diese Regel nutzte der Journalist Pierre Moret letztes Jahr für eine Art soziales Experiment: Der bärtige Mittfünfziger änderte das Geschlecht auf seinem Ausweis von männlich zu weiblich und versuchte so, in die Frauenbadi am Stadthausquai reinzukommen. Ohne Erfolg: Das Badi-Personal wies Moret ab. Wie die Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Zürich auf Anfrage der NZZ schreibt, ist der Zutritt zu den Zürcher Frauenbädern auf «weiblich gelesene» Personen beschränkt. Dies gelte «unabhängig von ihrem amtlichen Geschlecht». Sprich: Personen mit

eindeutig männlichen Geschlechtsmerkmalen erhalten wohl keinen Zutritt.

Offensichtlich sind sich auch die progressivsten Städte derzeit nicht einig, wer denn nun in ihren Badis als Frau gilt.